



Referat

Weltwirtschaft und das Recht auf saubere Umwelt

Jean-Daniel Gerber

Staatssekretär und Direktor SECO¹

5. Internationales Menschenrechtsforum Luzern (IHRF)

Luzern, 23. April 2008

¹ Dieses Referat wurde in Zusammenarbeit mit Thomas Roth, Direktion für Wirtschaftspolitik, und Beiträgen von Luca Arnold und Daniel Birchmeier, Direktion für Aussenwirtschaft, SECO, erarbeitet.

Einleitung

Die Weltwirtschaft ist geprägt durch einen Globalisierungsprozess, der auch in den nächsten Jahrzehnten laufend erneuerte Dynamik und Strukturanpassungen in allen Bereichen der Wirtschaft auslösen wird. Denken Sie bloss an die neu aufstrebenden Staaten China, Indien, Korea, Brasilien, Mexiko, deren Unternehmer sich in die Weltwirtschaft integrieren wollen und deren Konkurrenz wir auf unseren Märkten bereits spüren. Weitere Beispiele sind Russland und die arabischen Länder, die hier zu Lande Milliarden-Investitionen tätigen und selbst idyllische Landschaften wie in Andermatt nicht verschonen.

Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen erfolgt unter hohem Wettbewerbsdruck. Die Nachfrage nimmt weltweit zu. Diese Entwicklung geht jedoch vielerorts einher mit einer Beeinträchtigung der Umwelt durch schädliche Emissionen, erhöhtem Verbrauch an natürlichen Ressourcen und der Verdrängung naturnaher Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

Die Globalisierung wird denn auch nicht nur als Sieg der Marktwirtschaft über planwirtschaftliches Vorgehen wahrgenommen, sondern ebenso sehr als Bedrohung für Mensch und Umwelt. Weltweite Handels- und Gewerbefreiheit ja, Wettbewerb ja, aber besteht nicht auch ein Recht auf saubere Umwelt? Was ist unsere Antwort?

1. Vermeidung von Umweltschäden ist auch ein Teil der nachhaltigen Wirtschaftspolitik

Tatsache ist, dass die Unternehmen, aber auch die privaten Haushalte und Sie, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, als Konsumentinnen und Konsumenten, einerseits Umweltprobleme schaffen und andererseits von deren negativen Auswirkungen betroffen werden.

Gesundheit und eine intakte Umwelt sind wichtige Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort. Überall dort, wo Verursacher und Betroffener zeitlich, örtlich oder institutionell nahe beieinander sind und ihre Beziehung in Märkten oder anderen Vereinbarungen klären können, werden in der Regel die negativen Auswirkungen von Umweltproblemen frühzeitig erkannt und das Verhalten gegenüber der Umwelt angepasst. Eine Übernutzung der Umwelt kann dann vermieden werden. Keine Partei kommt heute in den westlichen Demokratien ohne grüne Agenda mehr aus.

Das die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist jedoch, dass trotz dieses Gesinnungswandels unbeteiligte Menschen direkt von Umweltbe-

lastungen betroffen werden. Denken Sie an die neu erstellten Wohnblöcke am Autobahnrand oder in den Flugschneisen von Kloten. Aber auch Sie, sehr geehrte Anwesende, die möglicherweise an einem ruhigen Waldrand leben, werden indirekt belastet. Sie zahlen Steuern, um Umweltsünden zu bereinigen, die Sie gar nicht verursacht haben.

Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Es ist aber auch Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger von einer gesunden Wirtschaft profitieren kann, was eine ausgewogene Verteilung der Güter und Dienstleistungen bedingt. Und es ist schliesslich auch Aufgabe der Wirtschaftspolitik für eine Umwelt, für eine Natur zu sorgen, in welcher es sich lohnt zu leben.

Das ökonomische Konzept zur optimalen Nutzung der Ressourcen besteht darin, dass die externen Kosten der Ressourcennutzung internalisiert werden und die Verursacher die Kosten vollständig tragen müssen. Es gilt das Verursacherprinzip. Die Umsetzung dieses Konzepts im politischen Alltag ist schwierig: Oft sind die ökologischen Grundlagen unsicher, und es fehlen Messungen der Emissionen oder deren Auswirkungen. Ebenso sind die Werthaltungen der Gesellschaft gegenüber natürlichen Ressourcen nicht eindeutig und unterliegen einem stetigen Wandel. Ich frage: Wie viele Schafe ist Ihnen die Anwesenheit des Wolfes oder des Bären in den Alpen wert? Der Bezug des Menschen zur Umwelt ist nicht rein rational und materiell, sondern unterliegt auch emotionalen oder religiösen Werthaltungen.

Kommt dazu, dass wir die eigenen Interessen höher gewichten als das Gesamtinteresse. Es wehren sich deshalb im politischen Prozess vornehmlich die direkt Betroffenen, während das eigentlich höher zu gewichtende Allgemeininteresse weniger vehement vertreten wird. Konkrete, aktuelle Beispiele sind etwa die Kontroverse um den Flughafen Zürich: Anwohner gegen den Rest der Schweiz; der Umbau des Stadions Hardturm gegen die Fussballbegeisterten; die Mobilfunkantennen gegen die neuen Kommunikationsgewohnheiten.

Unsicherheiten und nicht eindeutig bestimmbare Werthaltungen führen dazu, dass Zielkonflikte mit anderen Politikbereichen nicht einfach zu lösen sind und entsprechende Konflikte immer wieder neu ausgetragen werden müssen.

Ich verstehe das Anliegen eines "Rechts auf saubere Umwelt" als ein Gegengewicht zu den als dominant empfundenen Wirtschafts- und Konsuminteressen. Ich plädiere jedoch dafür, dass "eine saubere Umwelt" nicht unabhängig von den anderen Bedürfnissen der Gesellschaft gefordert werden soll. Notwendig ist ein stetiger Interessensausgleich im

Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, die "ökologische Verantwortung", "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit" und "gesellschaftliche Solidarität" zum Ziel hat.

Gemäss der Brundtland-Definition ist die Entwicklung dann nachhaltig, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen. Ich stimme dieser Definition zu. Sie ist bewusst unbestimmt, denn niemand weiss genau, was die Bedürfnisse der Zukunft sein werden, sieht man einmal von der Deckung der eigentlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Obdach, Ausbildung und medizinische Versorgung ab. Diese zusätzlichen Bedürfnisse werden in einer Demokratie nicht durch starre Rahmenbedingungen für die nachhaltige Entwicklung festgelegt. In einer Welt der wirtschaftlichen Dynamik, der sich ändernden sozialen Ansprüche, der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und der sich wandelnden Werthaltungen gegenüber der Natur bedeutet nachhaltige Entwicklung vielmehr einen sich stets wiederholenden Such-, Lern- und Gestaltungsprozess.

Das Gleichgewicht zu finden zwischen Wachstum, sozialem Ausgleich und Umwelt ist somit ein ständiger Suchprozess. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Medien bieten die besten Voraussetzungen, dieses Gleichgewicht immer wieder neu zu definieren. Der Föderalismus, die direkte Demokratie, der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz zeichnen sich dadurch aus, dass der Grossteil aller Betroffenen frühzeitig angehört und einbezogen wird. Die Bürger und Bürgerinnen haben so die Möglichkeit, das Gleichgewicht selber zu bestimmen.

2. Die Lösung globaler Umweltprobleme ist mit Verteilfragen verknüpft

Allerdings hören die Umweltfragen nicht an unserer Landesgrenze auf. Es nützt wenig, wenn wir bei uns noch ein angemessenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Aktivität, Verteilung und Umwelt finden, indes jenseits der Grenze, des Mittelmeers oder der Ozeane dieser Ausgleich völlig fehlt. In jüngster Zeit werden wir vermehrt mit grenzüberschreitenden und globalen Umweltproblemen konfrontiert. Die Knappheit von Wasser, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten sowie der Verlust von fruchtbaren Böden betreffen die gesamte Welt - auch die Schweiz.

Am ausgeprägtesten ist die globale Dimension des Problems beim Klimawandel. Die Folgen des Klimawandels sind sowohl geografisch als auch zeitlich weitgehend unabhängig von der Herkunft der Treibhausga-

se. Das Aufrechterhalten einer tiefen Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre ist ein globales öffentliches Gut, ein Recht, auf das alle Anspruch haben.

Die Lösung globaler Umweltprobleme und die weltweit nachhaltige Entwicklung bedingen eine intensive internationale Zusammenarbeit. Beim Klimawandel haben reiche Industrieländer eine besondere Verantwortung, weil sie einerseits historisch viel zur Akkumulierung der Treibhausgase in der Atmosphäre beigetragen haben und sie andererseits heute einen grossen Anteil der Waren und Dienstleistungen konsumieren, die Treibhausgasemissionen verursachen. Sie verfügen zudem über Know-how und die Finanzkraft, die zur Bewältigung des Problems notwendig sind.

Während sich die Treibhausgas-Emissionen in den Industrieländern stabilisieren, wird in aufstrebenden Schwellenländern künftig eine starke Emissionszunahme erwartet. Die sich im Zuge der Globalisierung verstärkende Arbeitsteilung führt dazu, dass energieintensive Wertschöpfungen in Länder mit niedrigeren Einkommen verlagert werden und dort die Integration in die Weltwirtschaft und Wohlstand ermöglichen. Dabei wird zunehmend auf die weitverbreiteten und fast unerschöpflichen Vorräte an stark emittierender Kohle als Energielieferant zurückgegriffen.

Die für die kommenden Jahrzehnte erwarteten Emissionszunahmen in Schwellenländern werden – so fern sie nicht gebremst werden können – jegliche Emissionsbegrenzungen in den Industrieländern zunichte machen. Das bedeutet: Für eine wirksame Einschränkung des Klimawandels sind die Emissionen in allen wichtigen Emissionsländern - auch in den aufstrebenden Schwellenländern - einzuschränken. Doch die aufstrebenden Schwellenländer werden aus legitimen Gründen nur dann für eine wirksame internationale Klimapolitik bereit sein, wenn die klimapolitischen Massnahmen ihre wirtschaftliche Entwicklung und die Chancen auf erhöhten Wohlstand nicht einschränken. Ein wirksames globales Klimaregime wird daher unweigerlich Verteilungsaspekte zwischen reichen und armen Ländern berücksichtigen müssen.

Hinzu kommt, dass insbesondere die sehr armen Länder in der Regel den Folgen des Klimawandels stärker ausgesetzt sind als die Industrie- und aufstrebenden Länder, weil einerseits ihre Siedlungsgebiete geografisch stärker exponiert sind und andererseits die primären Wirtschaftssektoren Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft eine noch grössere Bedeutung für das Einkommen der lokalen Bevölkerung haben. Hier wird die Unterstützung durch die reichen Industrieländer bei der Anpassung an den Klimawandel und die Bewältigung von dessen Folgen wichtig sein.

Es geht also bei der internationalen Zusammenarbeit im Umweltbereich nicht nur darum, individuelle Umweltmassnahmen verschiedener Länder zu unterstützen und zu koordinieren. Ebenso wichtig ist, deren wirtschaftlichen Fortschritt nicht zu unterbinden und für eine angemessene Verteilung des gewonnenen Mehrwerts zu sorgen. Die Herstellung des richtigen Gleichgewichts stellt sich somit nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf weltweiter Ebene. Bezogen auf das Klimaproblem heisst dies, eine Antwort auf folgende Frage zu finden: Wer hat das Recht, Emissionen zu verursachen und wer hat die Kosten dafür zu tragen? Eine von allen Staaten akzeptierbare Verteilung wird bedingen, dass die reichen Industrieländer weniger Emissionsrechte beanspruchen und einen relativ grossen Anteil zur Finanzierung der Klimaschäden tragen.

Das Instrument des Emissionshandels bekommt in diesem Zusammenhang eine zunehmend stärkere Bedeutung. Dieser Handel soll es den Industriestaaten ermöglichen, dank dem Ankauf von Zertifikaten, Emissionsrechte zu erwerben. Mit dem geäußneten Kapital sollen Projekte in den ärmeren Ländern zur Reduktion der globalen Umweltbelastung finanziert werden. Der Emissionshandel sorgt für eine wirtschaftlich effiziente Emissionsreduktion. Die Anreize zur Reduktion werden dort gesetzt, wo sie in einer Kosten-Nutzen-Rechnung das günstigste Verhältnis erzielen.

Der Emissionshandel ermutigt auch einen vermehrten Technologietransfer von Nord nach Süd. Je nach Ausgestaltung der mit dem Verkauf von Emissionsrechten finanzierten Projekte kann ein direkter Wissenstransfer stattfinden. Die Herausforderungen der globalen Erwärmung, der Übernutzung der Wasserreservoirs, der Luft- und Lärmbelastungen werden wir nur durch Innovationen und Technologien bewältigen können. Doch in weiten Teilen der Welt fehlen ganz einfach die Technologien dazu. Entsprechend kommt der Technologieübertragung eine bestimmende Rolle zu.

Im Kyoto-Protokoll ist bereits in Ansätzen ein solches Emissionshandelsystem festgelegt. Industrieländer, die sich zu verbindlichen Emissionsreduktionszielen verpflichtet haben, können in Klimaprojekte in Entwicklungsländern investieren, um damit zusätzliche Emissionsrechte zu generieren. Dieser sogenannte Clean Development Mechanism führte bis heute bereits zu ansehnlichen Investitionssummen. Es wird erwartet, dass bis zum Jahr 2012, wenn das Kyoto-Protokoll auslaufen wird, Emissionsrechte im Umfang von mehr als 2.6 Milliarden Tonnen CO₂ generiert werden. Gemessen an den heutigen Preisen werden diese Zertifikate einen Marktwert von rund 40 Milliarden US-\$ haben.

Dieser Mechanismus leistet aber nur dann einen Beitrag zum Klimaschutz, wenn die Qualität der Klimaprojekte sichergestellt ist. Und hier bestehen noch Schwächen. Die Methoden zur Bewertung der Projekte und die anschliessende Qualitätskontrolle, ob die gesteckten Umweltziele auch erreicht wurden, müssen noch verbessert werden. Gelingt dies nämlich nicht, wird die Glaubwürdigkeit der Emissionszertifikate rasch schwinden, und der Geld- und Technologietransfer wird schwieriger. An der Klimakonferenz 2007 in Bali wurde deshalb beschlossen, möglichst schnell Verbesserungen vorzunehmen. Bevor ich über die Rolle der Schweiz spreche, möchte ich noch der Kritik begegnen, dass Wirtschaftswachstum und Schutz der Umwelt unverträgliche Ziele seien. Das Gegenteil ist der Fall. Ohne Wirtschaftswachstum und ohne sozialen Ausgleich überlebt über kurz oder lang keine demokratisch gewählte Regierung. Die Korrektur erfolgt spätestens bei der nächsten, und wenn nicht, bei der übernächsten Wahl. Oder kennen Sie eine Regierungspartei, die erfolgreich mit dem Slogan „Stagnation und Selbstbeschränkung“ je überlebt hat?

Selbst in einer gefestigten Demokratie wie der Schweiz führen Nullwachstum - von Rezession oder Depression will ich schon gar nicht sprechen - zu starken politischen Spannungen. Auf der internationalen Ebene ist der Abschluss von Vereinbarungen über Reduktionsziele sehr erschwert, wenn gleichzeitig die Wirtschaft vor sich her dümpelt.

Kommt dazu, dass sich Umweltprobleme nur mittels teurer Forschung, Innovation und Technologie lösen lassen, was wiederum eine prosperierende Wirtschaft bedingt.

Und schliesslich, will jemand den aufstrebenden und den ärmsten Ländern dieser Welt allen Ernstes empfehlen, sie mögen bitte nicht dem Wohlstand der Bevölkerung in den Industriestaaten nachstreben, denn damit würden sie unser Wohlergehen und unsere Umwelt im Norden gefährden?

3. Die Rolle der Schweiz in Bezug auf die globalen Umweltprobleme

Die Rolle der Schweiz ist sehr vielfältig. Als weit entwickeltes und international stark vernetztes Land trägt sie eine Mitverantwortung und hat verschiedene Möglichkeiten, zu deren Lösung beizutragen.

Die Schweiz kann zunächst einen Beitrag zur globalen Umwelt mit Massnahmen im Inland leisten. Wir haben eine hohe Umweltqualität erreicht, haben aber z.B. in Bezug auf Energie- oder Landschaftsnutzung weiterhin grosse Potentiale, den Verbrauch erschöpflicher Ressourcen zu senken.

Die Schweiz nimmt mit ihrer Wirtschaftspolitik und insbesondere ihrer Aussenwirtschaftspolitik aber auch Einfluss auf die weltweite nachhaltige Entwicklung. Sie kann durch Handel und Investitionen dazu beitragen, dass die immer noch bestehenden enormen Wohlstandsunterschiede auf der Welt reduziert werden.

Nicht von ungefähr hat der Bundesrat in seiner Aussenwirtschaftsstrategie drei Komponenten festgelegt: Erstens Marktzugang zum Ausland, zweitens ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt und drittens die wirtschaftliche Entwicklung in Partnerländern. Entsprechend hat die Schweiz in der letzten Zeit in den mit den Entwicklungsländern abgeschlossenen Freihandelsabkommen auch Vertragsbestimmungen eingeführt, die eine bessere Integration in den Welthandel unterstützen sollen.

Auf multilateraler Ebene setzt sich die Schweiz für die Festlegung eines internationalen Handelsregimes ein, das auch Umwelthanliegen berücksichtigt. Die Schweiz ist namentlich interessiert an einer Verbesserung der Kohärenz zwischen den WTO-Regeln und Umweltabkommen. Hauptgegenstand der entsprechenden Verhandlungen ist die Erarbeitung eines Mechanismus für den Fall, dass Handelsregeln und Umweltregeln miteinander in Konflikt geraten. Dieser soll es gestatten, mögliche Spannungen oder gar Widersprüche zu entschärfen. Zusätzlich soll auch ein verbesserter Informationsaustausch zwischen der WTO und den Sekretariaten der Umweltabkommen institutionalisiert werden. Allerdings sei hier nicht verschweigen, dass unsere Glaubwürdigkeit bei den Entwicklungsländern wegen unserer als sehr protektionistisch beurteilten Landwirtschaftspolitik ganz erheblich leidet. Und auch unsere doch recht bescheidene öffentliche Entwicklungshilfe ist nicht eben ein Ruhmesblatt.

Parallel zu diesen systemischen Verbesserungen der multilateralen und bilateralen Handelsregeln soll auch ganz konkret der Austausch von sogenannten Umweltgütern und -dienstleistungen gefördert werden. Die Schweiz hat in der WTO eine Liste von über 150 Umweltgütern vorgeschlagen, über welche momentan verhandelt wird. Beispiele solcher Güter sind etwa Solarzellen und Windturbinen. Für solche Güter und Dienstleistungen sollen die entsprechenden Zölle und nicht-tarifarisches Handelshemmnisse abgebaut werden.

Schliesslich ist die Schweiz auch engagiert in der gegenwärtigen Diskussion, inwiefern in der WTO auch nachhaltige Produktionskriterien berücksichtigt werden sollen. Die Kontroverse um Biotreibstoffe oder Nahrungsmittelproduktion wird diese Organisation mit Sicherheit in Zukunft stark beschäftigen.

Ein weiteres Anliegen der schweizerischen Aussenwirtschafts- und Entwicklungspolitik ist es, Wachstum und nachhaltige Ressourcennutzung zusammenzuführen. Im Gegensatz zu den Industrieländern verfügen Entwicklungsländer in der Regel nicht über die Mittel, den Ressourcenschutz mittels grossflächiger Konservierungsmassnahmen sicherzustellen. Wegen der drückenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, aber auch aus Eigeninteresse der bestimmenden Eliten, steht die kurzfristige, Gewinn bringende Nutzung der Ressourcen, wie Wasser, Wald und Ökosysteme, oft im Vordergrund. Es müssen deshalb Konzepte gefunden werden, die den Widerspruch zwischen Schutz und Nutzung entschärfen, Konzepte, die zu schützenden Ressourcen für die lokale Bevölkerung, die Privatwirtschaft und die Regierung mit einem ökonomischen Wert versehen, der einen Anreiz zu deren Schutz darstellt. Zur Illustration zwei konkrete Beispiele:

Das SECO hat in Zusammenarbeit mit der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) sowie schweizerischen Experten in verschiedenen Ländern „Cleaner Production Centers“ aufgebaut. Dabei handelt es sich um Beratungsinstitutionen, die kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in allen Fragen der Ökoeffizienz unterstützen. Ziel ist es, durch organisatorische Massnahmen und die Einführung kostengünstiger neuer Technologien eine effizientere Nutzung von Faktoren wie Wasser, Energie und Rohstoffe zu erreichen. Damit wird ganz generell die Effizienz der Produktion und der internen Abläufe verbessert, was die wirtschaftliche Situation und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt. Letzteres ist, da müssen wir uns keinen Illusionen hingeben, natürlich ihr Hauptanliegen. Die verbesserte Ökoeffizienz ist dann quasi ein Nebenprodukt, aber ein sehr willkommenes, und vor allem ein bewusst gefördertes. Entsprechende Projekte werden gegenwärtig mit schweizerischer Unterstützung in sehr vielen Ländern auf allen Kontinenten durchgeführt.

Ähnlich konzipiert ist das Engagement im Bereich Tropenwald: Der Tropenwald kann nur dann längerfristig grossflächig erhalten bleiben, wenn deren An- und Bewohner daraus einen ökonomischen Nutzen ziehen können. Die Forderung einer vollkommenen Unterschutzstellung des Tropenwalds ist ungefähr gleich illusorisch, wie die Forderung der vollkommenen Unterschutzstellung des Alpenraums. Das SECO fördert deshalb Massnahmen, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von *nachhaltiger* Tropenwaldbewirtschaftung im Vergleich zu andern Nutzungsformen wie beispielsweise Palmölplantagen und Viehwirtschaft beitragen. Dazu gehören Schaffung von Mehrwert über Zertifizierung und Labelling, die Diversifizierung des Absatzes mit neuartigen Produkten aus dem Tropenwald. Dazu gehören aber auch die erwähnten Mass-

nahmen im Rahmen der Klimakonvention. Dort setzt sich die Schweiz für internationale Emissionszertifikate ein, damit die Entwicklungsländer für ihre Bemühungen rund um den Schutz der Tropenwälder entschädigt werden.

Schlussbemerkungen

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer: Das mir gestellte Thema war die Aktivität der Schweiz und der Staatengemeinschaft im Rahmen der Weltwirtschaft zum Schutz einer sauberen Umwelt. In einer Welt, wo die ideologischen Gegensätze zwischen Plan- und Marktwirtschaft zugunsten letzterer entschieden wurde, nehmen die Unternehmen mit ihren Aktivitäten einen grösseren Einfluss auf die globale nachhaltige Entwicklung als der Staat mit seinen Massnahmen. Aufgabe der Unternehmen ist es, wettbewerbsfähige Waren und Dienstleistungen bereitzustellen. Der Staat setzt dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen und schafft Anreize zur umweltgerechten Produktion. Es liegt im ureigenen Interesse der Unternehmen, diese zu befolgen, ja sogar zusätzlich einen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu leisten, der über die Einhaltung der Gesetze hinausgeht. Viele tun dies und halten strengere Umweltnormen ein als vorgeschrieben. Erst bei Gefahr, wenn die Umwelt droht, Schaden zu nehmen, soll der Staat eingreifen. Je mehr die Unternehmer umweltbewusst handeln, je weniger hat der Staat Grund aktiv zu werden.

Doch nicht nur die Unternehmer haben eine grosse Eigenverantwortung. Auch Sie als Konsumenten, verehrte Anwesende, spielen eine wichtige Rolle. Wenn Sie zwischen Produkten unterschiedlicher Qualität, Herkunft und Herstellungsmethode wählen, nehmen Sie direkt massgeblichen Einfluss auf das Angebot der Unternehmen. Sie wählen weitgehend selber aus, was Sie konsumieren wollen, Sie gehen zu Fuss, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder dem Flugzeug, Sie entscheiden über den Ort Ihrer Ferien. Hauptaufgabe des Staates ist es, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit zu gewährleisten und nicht mit Verboten deren Auswahlmöglichkeiten einzuschränken oder dann nur, wenn absolut nötig.

Die Schlussfolgerung ist offensichtlich: In einer Marktwirtschaft garantieren wir eine saubere Umwelt erstens durch unseren eigenen persönlichen Lebensstil, zweitens durch die Rahmenbedingungen und die Anreize, die wir den Unternehmern für umweltgerechte Produktions- und Handelsmethoden setzen und erst drittens durch konkrete staatliche Finanzmittel und Aktivitäten.